PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 10. Juli 2025

Zukunftsfähige Landwirtschaft nicht wegschieben!

„Wir haben es satt!"-Bündnis fordert bei Treffen deutscher Agrarminister*innen: Umwelt- und Tierschutz für Bäuer*innen wirtschaftlich machen!

Berlin, 10. Juli 2025: Das Bündnis „Wir haben es satt!" – ein Zusammenschluss aus Bäuer*innen, Verbraucher*innen sowie Organisationen der Umwelt-, Tier- und Klimaschutzbewegung – protestiert heute gegen weitere Rückschritte in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Anlass ist die **„Sonder-Agrarministerkonferenz"** in Berlin, bei der sich die deutschen Agrarminister*innen auf eine gemeinsame Position zur GAP nach 2027 verständigen wollen.

Dem Artensterben und der Klimakrise zum Trotz wurden in den vergangenen beiden Jahren unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung wichtige ökologische Mindeststandards der GAP drastisch abgesenkt. **Mindestens eine Million Hektar Agrarflächen zum Schutz der Biodiversität wurden in der EU bereits 2024 aufgegeben** – das entspricht der Fläche von ca. 1,4 Millionen Fußballfeldern. Geht es nach der EU-Kommission, soll noch in diesem Jahr der Schutz des Dauergrünlandes so reduziert werden, **dass rund 125 Millionen Tonnen zusätzliches CO_2 freigesetzt werden**. Der Schaden beschränkt sich dabei nicht allein auf den Umwelt-, Klima- und Tierschutz: Ausgerechnet die Bäuer*innen, die bereits heute besonders ressourcenschonend wirtschaften und ihre Tiere besonders artgerecht halten, werden wirtschaftlich geschwächt. Diese Entwicklung wird durch eine weiterhin extrem ungerechte Verteilung der Agrar-Gelder nochmals verstärkt. Nach wie vor gilt das Motto: Wer viel Land hat, bekommt viele Fördermittel.

Unter der Überschrift **„Zukunftsfähige Landwirtschaft nicht wegschieben – Umwelt- und Tierschutz für Bäuer*innen wirtschaftlich machen!"** fordert das „Wir haben es satt!"-Bündnis von den Agrarminister*innen der Länder sowie dem ebenfalls an der Konferenz in der NRW-Landesvertretung in Berlin teilnehmenden Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU):

- Umwelt-, Klima- und Tierschutz müssen sich für Bäuer*innen lohnen – Ökoregelungen sowie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen ausbauen statt abschaffen!
- Für gerechte Erzeuger*innenpreise – Bäuer*innen am Markt stärken statt ausbremsen, Vertragspflicht umsetzen!
- Für eine sozialverträgliche Agrarpolitik – Fördergelder endlich gerecht vergeben statt nach dem Gießkannenprinzip!
- Fördergelder nur für gute ökologische, soziale und Tierschutzstandards – Grundanforderungen effizient gestalten statt permanent schleifen!

Fakt ist: Zwischen 2021 und 2027 wird die EU rund 385 Milliarden Euro ihres Haushalts in die Landwirtschaft investiert haben – das ist ein Drittel ihres Budgets. Trotz vieler

Lippenbekenntnisse hat eine Ausweitung der Fördermittel für konkrete Maßnahmen von Bäuer*innen im Umwelt-, Klima- und Tierschutz nicht stattgefunden.

Dazu **Jan Plagge**, Präsident von **Bioland**:

*„Die GAP ist eines der zentralen Instrumente nicht nur zur Sicherung der Ernährung und zur Stärkung des ländlichen Raums, sondern auch zur Erreichung ökologischer und gesellschaftlicher Ziele. Dieser Hebel muss in Zukunft viel stärker als bisher genutzt werden, indem Landwirt*innen für ihre Bemühungen, nachhaltig zu wirtschaften, einkommenswirksam entlohnt werden. Dafür braucht es ein starkes eigenes Agrarbudget – und den politischen Willen der Mitgliedstaaten, Mittel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft freizusetzen. Wir fordern die AMK auf, einen Plan für die deutsche Position zur GAP ab 2028 zu beschließen, der eine nachhaltige Transformation anstrebt und damit langfristige Ernährungssouveränität gewährleistet. Gesellschaftliche Leistungen für Umwelt-, Klima- und Tierschutz müssen viel stärker als bisher einkommenswirksam ausgestaltet werden.“*

Reinhild Benning, politische Leiterin Landnutzung bei der **Deutschen Umwelthilfe** (DUH), macht deutlich:

*„Einige Agrarminister*innen wollen Umweltstandards schleifen und mehr pauschale Hektarprämien. Das mästet jedoch einseitig Großgrundbewirtschafter*innen und Großgrundbesitzer*innen. Diese können mit Millionensubventionen jährlich den Bäuer*innen immer mehr Land wegkaufen. Über 50 Prozent der Agrarflächen in Deutschland gehören Nicht-Landwirt*innen wie Holdings und Stiftungen. Ein Beispiel ist die Lukas-Stiftung, die mit Aldi-Nord verbunden ist: Ihre 19 Tochterbetriebe haben rechnerisch Anspruch auf insgesamt rund 3 Millionen Euro Agrarsubventionen jährlich. Zugleich zählt Aldi zu den vier Supermarktkonzernen, die rund 85 Prozent des Lebensmittelhandels in Deutschland beherrschen. Diese Marktmacht erlaubt Aldi und Co., die Erzeuger*innenpreise zu drücken, während sie selbst hohe Gewinne verbuchen. Wir fordern einen Stopp für pauschale Hektarsubventionen, den konsequenten Einsatz öffentlicher Gelder für Umwelt- und Tierschutz sowie eine Pflicht zu schriftlichen Verträgen und kostendeckenden Preisen für die Erzeuger*innenbetriebe, damit diese in höhere Standards investieren.“*

Ottmar Ilchmann, agrarpolitischer Sprecher der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft** (AbL) und Vorsitzender des AbL-Landesverbandes Niedersachsen, kommentiert:

„Die Verteilung eines Großteils der GAP-Mittel nach dem Gießkannenprinzip ist unfair und uneffektiv. Die sozialen und agrarstrukturellen Ziele der EU-Agrarpolitik, allen Betrieben ein auskömmliches Einkommen zu ermöglichen, sind nur zu erreichen, wenn die Gelder deutlich zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden als bisher. Dies erfordert gestaffelte Prämienhöhen, um kleine und mittlere Betriebe besonders zu unterstützen. Der Erhalt vieler und vielfältiger Betriebe ist eine Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum und für die Krisenfestigkeit einer regionalen Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln.“

Und **Olaf Bandt**, Bundesvorsitzender des **Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland** (BUND), betont:

*„Öffentliche Gelder gehören in die Förderung gesellschaftlicher Leistungen – für Klima, Artenvielfalt und Tierschutz. Das schützt nicht nur bäuerliche Betriebe, sondern auch unser Trinkwasser, unsere Lebensmittelqualität und die Natur, die viele Menschen in Stadt und Land schätzen. Die Agrarminister*innen dürfen den Konsens der Zukunftskommission Landwirtschaft nicht schleifen, sondern müssen ihn endlich umsetzen.“*

Social Media
Bei Instagram finden Sie bereits während der Kundgebung Bilder und Videos von der Aktion:

https://www.instagram.com/wir_haben_es_satt

Fotos
Am Tag der Kundgebung stellen wir sukzessive Fotos zur kostenfreien Verwendung zur Verfügung:

https://flic.kr/s/aHBqjCkRuR

Hintergrund-Informationen
Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Klima-, Verbraucher- und Tierschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit haben mit der Broschüre „Zukunft gestalten“ bereits im Jahr 2023 einen Vorschlag für eine ökologischere und gerechte GAP nach 2027 vorgelegt. Das Papier der **Verbände-Plattform** finden Sie hier:

https://wir-haben-es-satt.de/zukunft-gestalten

Kontakt

Jan Greve

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0157 55 86 05 77
E-Mail: presse@meine-landwirtschaft.de